21. Wird die Strafbarkeit von Körperverletzungen oder Tötungen dadurch ausgeschlossen, daß festgestellt wird, dieselben seien in einem nach vereinbarten oder herkömmlichen Regeln stattgehabten, nach Beschaffenheit der dabei gebrauchten, nicht tödlichen Waffen aber nicht strafbaren Zweikampfe verübt worden?

St.G.B. §§. 201. 223 a.

III. Straffenat. Ur. v. 22. Februar 1882 g. F. Rep. 234/82.

I. Landgericht Münster.

Aus den Gründen:

Nach der tatsächlichen Feststellung des angefochtenen Urtheiles hat der Angeklagte F. in Ausfechtung einer s. g. studentischen Mensur, in welcher beide Theile beabsichtigten, sich gegenseitig Körperverletzungen zuzufügen, seinen Gegner, den stud. ph. M., mittels eines geschliffenen Schlägers körperlich verletzt, und ist hierin der Thatbestand des im §. 223 a St.G.B.'s vorgesehene Vergehens gefunden worden. Dabei ist zugleich erwogen, daß die fragliche Mensur einen Zweikampf im strafgesetzlichen Sinne nicht darstelle, weil die dabei gebrauchten Waffen im vorliegenden Falle nach der Art, wie sie angewendet worden, nach

der Beschaffenheit der von den Kämpfenden benutzten Schutzmittel jede Lebensgefährdung der letzteren ausgeschlossen hätten und somit nicht tödliche Waffen gewesen seien. In dieser Gesetzesanwendung ist ein Rechtsirrtum nicht zu erkennen.

Ohne Grund behauptet die Revisionschrift, daß, da die fragliche Mensur nach den übrigen Feststellungen der Vorinstanz den Charakter eines zwischen zwei Personen vereinbarten, nach bestimmten Regeln durchgeführten Zweikampfes an sich trage, schon hierdurch die Anwendbarkeit der gegen Körperverletzungen gegebenen Strafvorschriften rechtlich unstatthaft sei. Allerdings hat das Strafgesetzbuch im fünfzehnten Abschnitte die Materie des Zweikampfes erschöpfend geregelt, aber nur in dem Sinne, daß ausschließlich diejenigen Handlungen, welche die vom Gesetz vorausgesetzten Merkmale strafbaren Zweikampfes erfüllen, vom Gesichtspunkte der §§. 201 und flg. St.G.B.'s, und zwar ausschließlich von diesem Gesichtspunkte aus geahndet werden sollen. Insofern also ein mit gegenseitiger Einwilligung unternommener Kampf mit tödlichen Waffen nach verabredeten oder hergebrachten Regeln vorliegt, werden die Kämpfenden, ihre Sekundanten, Kartellträger u. nur wegen Zweikampfes bestraft, gleichviel ob dabei zugleich der Thatbestand einer strafbaren Körperverletzung oder Tötung konkurriert oder nicht. Keinesfalls darf aber hieraus der gänzlich unhaltbare Satz hergeleitet werden, das Strafgesetzbuch habe die Materie des „Zweikampfes“, dieses Wort im weitesten Sinne genommen, nun auch derartig erschöpft, daß jede unter den allgemeinen Begriff „Zweikampf“ fallende Handlung ausschließlich nach den Vorschriften des fünfzehnten Abschnittes strafrechtlich zu würdigen und, wenn hiernach nicht strafbar, auch vom Gesichtspunkte strafbarer Körperverletzung oder Tötung nicht mehr zu qualifizieren sei. Es wird dabei übersehen, wie gar nicht in Frage steht, ob ein Zweikampf mit nicht tödlichen Waffen, also eine den Zweikampf im strafgesetzlichen Sinne gar nicht erfüllende Handlung, noch als Zweikampf strafbar sein könne. Als Zweikampf bleibt diese Handlung allerdings straflos. Was zu entscheiden ist, bleibt allein die Frage, ob eine in oder durch einen solchen, objektiv außerhalb der Grenzen strafbaren Zweikampfes liegenden Kampf verübte Körperverletzung oder Tötung auch als Körperverletzung oder Tötung straflos bleiben solle. Und dieses muß unbedingt verneint werden. Daß der strafbare Zweikampf die Strafbestimmungen

über Körperverletzungen und Tötung absorbiert, entspricht den positiven Dispositionen unserer Strafgesetzgebung. Daß dieselbe Absorption auch auf dem Gebiete solcher Handlungen Platz greifen sollte, welche die Strafgesetzgebung in ihrem Sinne gar nicht „Zweikampf“ nennt, hieße ohne gesetzliche Grundlage einen neuen Strafausschließungsgrund schaffen. Auch erscheint es unzulässig und in sich widersprechend, bloß aus dem Grunde, weil doch immerhin ein vereinbarter und geregelter Kampf zwischen Zweien vorliege, für solche Zweikämpfe im weiteren Sinne die gleiche strafrechtliche Behandlung, wie für den eigentlichen Zweikampf im positiv strafrechtlichen Sinne zu fordern. Gerade weil in dem hier festgestellten Falle der fraglichen Mensur das wesentlichste Erfordernis des eigentlichen Zweikampfes, der Gebrauch tödlicher Waffen, gefehlt hat, kann von einer gleichen strafrechtlichen Behandlung mit dem strafbaren Zweikampf nicht die Rede sein. Und das Moment des Vereinbartens und Geregeltens der Kampfesart läßt sich ebensowenig strafausschließend verwerten. Dadurch wird weder begrifflich der festgestellte Vorfall beseitigt, noch läßt sich bei dem Mangel einer etwa dem §. 216 St.G.B.'s nachgebildeten Vorschrift für Körperverletzungen aus der Einwilligung des Verletzten das Nichtvorhandensein strafbarer Körperverletzung begründen.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich zugleich, daß es nicht minder als unzutreffend zurückzuweisen ist, wollte man aus §. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch folgern, die nicht unter die Strafbestimmungen der §§. 201 und flg. St.G.B.'s fallenden Zweikämpfe seien von der Reichsgesetzgebung der partikularen Strafgesetzgebung zur Regelung vorbehalten geblieben, und, wo diese nicht eingegriffen, deshalb straflos. Was als Zweikampf strafbar sein soll, darüber hat das Strafgesetzbuch allerdings erschöpfend verfügt. Von irgend einem ausdrücklichen Vorbehalt zu Gunsten der Landesgesetzgebung kann bezüglich der Zweikämpfe nach Wortlaut des §. 2 Abs. 2 des Einführungsgesetzes nicht füglich die Rede sein. Aber auch ein stillschweigender Vorbehalt in dieser Richtung muß schon um deshalb für undenkbar angesehen werden, weil mit einem solchen Vorbehalte zugleich stillschweigend der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten die Machtvollkommenheit erteilt wäre, tief einschneidend in die Materie der Körperverletzung und Tötung einzugreifen. Daß dieses nicht beabsichtigt sein kann, muß als unzweifelhaft gelten.

Bleibt sonach weder nach der einen noch nach der andern Richtung hin ein Rechtsgrund findbar, welcher die Straflosigkeit in einem strafgesetzlich nicht als Zweikampf geltenden Kampfe verübter Körperverletzungen oder Tötungen zu rechtfertigen vermöchte, so folgt daraus ohne weiteres, daß die hier fraglichen Körperverletzungen und Tötungen lediglich den hierfür gegebenen allgemeinen Strafvorschriften unterliegen. Da nun das angefochtene Urteil im übrigen alle gesetzlichen Thatbestandsmerkmale gefährlicher Körperverletzung im Sinne des §. 223a St.G.B.'s einwandfrei zur Feststellung gebracht hat, konnte der Revision keine Folge gegeben werden.